

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Einschüchterungsversuche seitens salafistischer Elemente gegenüber Abgeordneten - Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Vorgänge?**

Anfrage des Abgeordneten Frank Oesterhelweg (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 08.07.2015

In einem per E-Mail übermittelten Schreiben wendet sich der „Zentralrat der Lasen“ an Mitglieder des Landtages.

Hinter höflichen Formulierungen sind, so sehen es Empfänger des Schreibens, Drohungen und Einschüchterungsversuche zu vermuten. Beispielsweise schreibt der Unterzeichner, ein gewisser Abu Tarbush: „Auch wenn Ihnen das momentan nicht bewusst ist - diese unsere Nachricht spielt eine zentrale Rolle in Ihrem Leben! Der Islam - in seiner ursprünglichen Form - ist die absolute Wahrheit und der einzige Weg in das Paradies. Widerstand ist zwecklos und wird mit der Hölle bestraft.“ An anderer Stelle steht: „Thora und Evangelium in ihrer ursprünglichen Form sind verloren gegangen, abgesehen davon sind sie durch den Quran abrogiert.“

In einem Brief des Innenministeriums/Landespolizeipräsidiums an die Fraktionen im Landtag wird der Verfasser dieses als „beispielhaft“ erwähnten Schreibens als „Person mit salafistischem Hintergrund“ bezeichnet. Eine „strafrechtliche Relevanz“ sei der Nachricht nicht zu entnehmen. Abschließend schreibt das Landespolizeipräsidium: „Eine bereits vorgenommene Prüfung rechtlicher Möglichkeiten zur Verhinderung der Aktivitäten der Person durch die zuständigen Behörden am Wohnsitz verlief bisher ohne Erfolg.“

1. Welche weiteren Nachrichten, E-Mails, Briefe, Anrufe etc. an Abgeordnete, Kommunalpolitiker, Beamte, Richter etc. sind den niedersächsischen Behörden bekannt (bitte jeweils Anzahl, Datum, Art, Absender und Wortlaut bzw. Text angeben)?
2. Teilt die Landesregierung die Empörung und Sorgen von Adressaten solcher Nachrichten bzw. des konkret erwähnten Schreibens, die sich belästigt, genötigt und bedroht fühlen?
3. Hält die Landesregierung bestehende rechtliche Möglichkeiten für ausreichend, um gegen die erwähnten Sachverhalte und deren Urheber wirksam einzuschreiten?
4. Welche Maßnahmen anlässlich dieser Briefe hat die Landesregierung bislang ergriffen oder plant sie zu ergreifen?